

Richard Boorberg Verlag * Postfach 900340 * 81603 München
PVSt. Deutsche Post AG. Entgelt bezahlt

12674#45026520#1909

16

Landratsamt
Unstrut-Hainich-Kreis
Brunnenstr. 97
99974 Mühlhausen



WWW.BOORBERG.DE

Windenergie erfolgreich gestalten

Ein Leitfaden mit Handlungsempfehlungen und Praxishinweisen

hrsg. vom Städtetag Baden-Württemberg, Landkreistag Baden-Württemberg, der KEA Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg GmbH und der Hochschule für öffentliche Verwaltung Kehl, Schriftleiter: Professor Dr. Michael Frey, bearbeitet von Dr. Ulrich Derpa, Professor Dr. Michael Frey, Professor Dr. Gerd Hager, Dr. Till Jenssen und Andreas Rettenmeier

2019, 194 Seiten, € 45,-

Energiewende in Kommunen, Band 2

ISBN 978-3-415-06467-6



Leseprobe unter
www.boorberg.de/9783415064676

 BOORBERG

RICHARD BOORBERG VERLAG FAX 0711/7385-100 · 089/4361564
TEL 0711/7385-343 · 089/436000-20 BESTELLUNG@BOORBERG.DE

520719

9/2019

ISSN 0943-2434 30. Jahrgang 15. September 2019 E 12674

1) KA
2) RR

3) FBL 1 - Fr. Preuß

Thüringen
24.09.19 (s.r.)

Die Kommunalverwaltung

Fachzeitschrift für die kommunale Praxis

Herausgeber

Jürgen Arndt, lfd. Regierungsdirektor, Landesverwaltungsamt; Klaus-Dieter Kellner, Bürgermeister; Axel Schneider, Vorsitzender der Verwaltungsgemeinschaft Nordkreis Weimar; Steffen Linnert, hauptamtlicher Dozent

103-117 Inhalt

Randnummer

Europa, Bund, Land

- 103 Kein Einsichtsrecht in den Bericht des Untersuchungsausschusses

Gemeinden, Kreise

- 104 Kommunikationsstörer und Kommunikationsförderer in der Verwaltungspraxis (Teil 1)

Öffentlicher Dienst

- 105 Freiheitsstrafe wegen Bestechlichkeit von mindestens sechs Monaten führt zur Beendigung des Beamtenverhältnisses kraft Gesetzes
106 Die Dienstpostenbesetzung im Brand- und Katastrophenschutz
107 Grob fahrlässiger Verstoß gegen die Einhaltung einer Ausschlussfrist bei Zuschüssen führt zur Schadensersatzpflicht

Finanzen und Abgaben

- 108 Ergebnisse des Länderfinanzausgleichs 2018
109 Zum Begriff des Hundehalters und der Hundesteuerpflicht bei Pflegehunden

Öffentliche Sicherheit und Ordnung, Verkehr, Personenstand und Datenschutz

- 110 Berufungszulassungsantrag – Verweis auf Vorlage an den EuGH reicht nicht aus
111 Ausweisung eines Jordaniers wegen Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe
112 Gesetz zur Änderung der in das Geburtenregister einzutragenden Angaben
113 Funktion eines Schulleiters in der ehemaligen UdSSR als Funktionsinhaber für das kommunistische Herrschaftssystem

Fortsetzung nächste Seite

 BOORBERG

Erziehung und Bildung, Kultur, Gesundheit, Sport

- 114 Der bedarfsgerechte und zumutbare Betreuungsplatz in einer Kindertageseinrichtung

Soziale Leistungen, Behindertenrecht

- 115 Zahlungspflicht eines Heimbewohners an das Pflegeheim endet mit endgültigem Auszug
- 116 Das Sozialgericht kann ein Jobcenter zur Kostenübernahme für eine medizinische Beweisaufnahme verpflichten
- 117 Mehrbedarf für eine Notbevorratung wird nicht durch die Jobcenter übernommen



Mehr Klarheit – weniger Missverständnisse.

von Wolfgang Hanne, Städt. Verwaltungsrat bei der Stadt Münster, Fachstellenleiter für Vorhaben im planungsrechtlichen Außenbereich

2018, 402 Seiten, € 29,90
ISBN 978-3-415-06334-1



Leseprobe unter
www.boorberg.de/9783415063341

RICHARD BOORBERG VERLAG FAX 0711/7385-100 · 089/4361564
TEL 0711/7385-343 · 089/436000-20 BESTELLUNG@BOORBERG.DE

SZ1118

WWW.BOORBERG.DE

AKTUELL

Migrationspaket ist Fehlleistung

Der Thüringer Migrationsminister Dieter Lauinger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) hält das Migrations-Paket der Bundesregierung, das am Freitag im Bundesrat beschlossen werden soll, für eine Fehlleistung.

„Die große Koalition suggeriert mit dem vorgelegten Entwurf Handlungsfähigkeit. Tatsächlich aber sind die Überschriften und die Formulierungen besser als der Inhalt“, sagt Lauinger. „Humanität und Rechtsstaatlichkeit sind der GroKo aus Angst vor der AfD verloren gegangen. Stattdessen versucht die Bundesregierung noch stärker, sich die populistischen Forderungen zu eigen zu machen.“ So soll im Staatsangehörigkeitsgesetz eine deutsche Leitkultur eingeführt werden. Menschen mit mehreren Staatsangehörigkeiten würden der dauerhaften Gefahr ausgesetzt, bei Gesetzesverstößen nicht nur strafrechtlich sanktioniert zu werden, sondern auch die deutsche Staatsangehörigkeit zu verlieren.

„Auch beim Einwanderungsgesetz fehlt der Mut, Deutschland zukunftsfähig zu gestalten“, so Lauinger. „Es wird kaum Fachkräfte anlocken, da zum Beispiel die Hürden für Sprachkenntnisse und die Anerkennung von Abschlüssen viel zu hoch sind. Eine Potentialeinwanderung und ein modernes Punktesystem sucht man vergebens.“ Auch beim Gesetz über Duldung bei Ausbildung und Beschäftigung hält sich der Gestaltungswille in Grenzen. „Nicht nur NGOs haben auf eine Regelung zum sogenannten Spurwechsel gewartet. Auch die Wirtschaft braucht dringend Sicherheit für potentielle Auszubildende, welche einen Teil der freien Stellen besetzen könnten. Aber: Fehlanzeige.“

Für völlig verfehlt hält Lauinger das Asylbewerberleistungsgesetz: „Ich kann es nur als Mangelpackung bezeichnen. Wo bitte ist die Erhöhung der Regelsätze, von der alle Leistungsberechtigten auch tatsächlich messbar profitieren?“ Bei fünf von sechs Regelbedarfsstufen würde der Betrag durch die „Inflationsanpassung“ unter dem Strich nicht einmal steigen, sondern fallen oder gleich bleiben. „Daneben hebt das sogenannte Geordnete-Rückkehr-

Gesetz die Trennung von Strafhaft und Abschiebegewahrsam auf. Ein klarer Verstoß gegen Europarecht. Zudem ist es für mich unvorstellbar, dass eine Mehrheit will, dass wir Kinder neben Mördern unterbringen“, sagt Lauinger.

„Ebenso wenig will ich mir vorstellen, dass wir Menschen das Existenzminimum auf null kürzen, damit sie Deutschland verlassen.“

(Quelle: Thüringer Ministerium für Migration, Justiz und Verbraucherschutz, Medieninformation MI 40/2019 vom 26.06.2019)

Arbeitsministerin Werner: „Langzeitarbeitslosigkeit ist in Thüringen gegen den Saisontrend zurückgegangen“

Auch in Thüringen ist im Juli die Arbeitslosigkeit saisonbedingt leicht angestiegen. Darauf macht heute in Erfurt Arbeitsministerin Heike Werner (DIE LINKE) aufmerksam. Die Arbeitslosenquote lag im Juli im Freistaat bei 5,2 Prozent und damit um 0,1 Prozent höher als im Vormonat. Ende Juli waren 58.117 Frauen und Männer in Thüringen arbeitslos gemeldet.

Der leichte Anstieg resultiert zum einen aus der typischen Wechselsituation zwischen Schuljahresende und Ausbildungsbeginn bei jungen Menschen. Auch eine aktuell etwas verhaltenere Fach- und Arbeitskräftenachfrage der Unternehmen aufgrund der konjunkturellen Eintrübung spielt eine Rolle.

Trotz dieses Trends ist die Langzeitarbeitslosigkeit in Thüringen weiter zurückgegangen. Der Rückgang zum Vormonat (Juni 2019) beträgt 1,3 Prozent, der Rückgang zum Vorjahresmonat (Juli 2018) sogar 13,7 Prozent. Ende Juli gab es in Thüringen 17.992 Langzeitarbeitslose, 2.850 weniger als vor einem Jahr. Ministerin Heike Werner führt das auf die verstärkten Anstrengungen im Rahmen der Arbeitsförderprogramme des Landes zurück. Auch das von Thüringen immer wieder geforderte und inzwischen auf Bundesebene in Kraft getretene Teilhabechancengesetz mit den entsprechenden Fördermöglichkeiten wirke sich aus.

Ministerin Werner sagte: „Die Gesamtentwicklung des Arbeitsmarktes in Thüringen ist nach wie vor solide. Ich gehe davon aus, dass wir ab September auch wieder eine positive Bewegung bei den angebotenen Stellen und eine